



Deutscher Lehrerverband Hessen	
Landesvorsitzende	An den Eichen 8, 34599 Neuental Tel. 06693-1420 Fax 06693-1394 e-mail: Deutscher-Lehrerverband-Hessen@gmx.de www.dlh-hessen.de
Edith Krippner-Grimme	



Neuental, den 13.06.2016

Inhalt der dlh-Nachrichten III-2016

Erste Ergebnisse der Personalratswahlen 2016

Reisekosten verabschieden sich von der Papierform (ZRTU)

Konstituierende Sitzung und Ministerbesuch in der ersten Sitzung

Anhörung zum Besoldungsgesetz

Qualifizierungsmodell für künftige Schulleiterinnen und Schulleiter in Hessen (QSH)

Aktuelles zur Beschulung von Flüchtlingskindern

Erste Ergebnisse der Personalratswahlen 2016

Zuerst dankt der dlh den Wählerinnen und Wählern, die ihn bei der diesjährigen Hauptpersonalratswahl unterstützt haben und den Kandidatinnen und Kandidaten auf der dlh-Liste für die Beamten und der dbb-Liste für die Arbeitnehmer ihr Vertrauen geschenkt haben. Wieder in den Hauptpersonalrat gewählt wurden die seitherigen Mitglieder Edith Krippner-Grimme, Kerstin Jonas und Jürgen Hartmann. Für die Arbeitnehmer wird Roselinde Kodym von der gemeinsamen dbb-Angestelltenliste diese Wahlperiode im Hauptpersonalrat vertreten sein.

Bei dieser Personalratswahl hat sich gezeigt, dass der **dlh** trotz Verlusten seine Sitzzahl halten konnte. In einigen Gesamtpersonalräten konnten mit gemeinsamen Listen (GLB-HPhV-VDL und teils auch dem VBE) Arbeitnehmerplätze zurückgewonnen bzw. gewonnen werden. Im Gesamtpersonalrat Fulda gelang es sogar, zusammen mit dem VBE die Mehrheit und damit den Vorsitz in diesem Gesamtpersonalrat zu stellen. Wir gratulieren dem neuen Vorsitzenden Reinhard Schwab an dieser Stelle herzlich und wünschen eine glückliche Hand.

Die GEW erlitt ebenfalls Verluste, während der VBE und vor allen Dingen die Unabhängige Liste Stimmenzuwächse verzeichneten. Hierbei sind die Zugewinne der Unabhängigen Liste für den **dlh** vor dem Hintergrund gewerkschaftlicher Arbeit schwer erklärbar.

Reisekosten verabschieden sich von der Papierform (ZRTU)

Anfang Juni kamen die Informationen bezüglich des neuen Verfahrens zur Reisekostenabrechnung an den Schulen an. Dieses Verfahren sieht zukünftig eine ausschließlich digitale Abwicklung der Abrechnung von Dienstreisen vor. Da außerhalb des Kultusbereichs fast alle anderen Bereiche



bereits mit der elektronischen Reisekostenabrechnung arbeiten, ist der Kultusbereich ein Sonderfall, da hier die Kolleginnen und Kollegen über keine eigenen Dienstrechner verfügen. Für den Fall, dass kein Dienstrechner zur Verfügung steht, wurde nun eigens eine Anwendung entwickelt, die den Zugriff auf die Reisekostenabrechnung über einen internetfähigen PC gestattet.

Es gab hierzu zwei Pilotregionen, in denen das Verfahren getestet wurde. Der HPRLL wie auch der **dlh** haben frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Papierform zumindest für einen gewissen Übergangszeitraum gewährleistet sein muss. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass die Zeiträume, in denen die Pilotprojekte durchgeführt wurden, so knapp bemessen waren, dass in diesen Zeiträumen z. B. kaum Klassenfahrten o. a. stattgefunden haben. Dies bedeutet, dass viele Kolleginnen und Kollegen gar nicht die Notwendigkeit hatten, eine Reisekostenabrechnung durchzuführen. Auch die Zahlen, die aus den Pilotregionen vorgestellt wurden (Nutzerzahlen, erfolgreiche Anmeldungen am System, tatsächlich durchgeführte Reisekostenabrechnungen) sind besorgniserregend.

Dass nun just und für die Kolleginnen und Kollegen sehr kurzfristig zum 15. Juni 2016, also in einem Zeitraum, in dem viele Klassenfahrten stattfinden, dieses neue, vom Grundsatz her begrüßenswerte Verfahren, eingeführt werden soll, führt aus Sicht des **dlh** dazu, dass es massive Beschwerden geben könnte. Aus den Pilotregionen sind diese Beschwerden schon bekannt, bisher konnte der Klageweg aus unserer Kenntnis heraus immer noch abgewendet werden.

Da bis jetzt (Stand 10.06.2016) noch keine Zugangscodes an der Basis angekommen sind, sollte eine parallele Beibehaltung des Papierweges gewährleistet werden. Sonst ist absehbar, dass es eine Flut von Klagen wegen Nichterstattung der Reisekosten geben könnte. Da dies auch nicht im Sinne des Kultusministeriums sein kann, hält der **dlh** es für geboten, ressortintern eine Zentralstelle zu bilden, an die Papieranträge auch weiterhin gerichtet werden können, sofern die Antragstellung für die Kolleginnen und Kollegen über den elektronischen Weg nicht möglich war.

Konstituierende Sitzung und Ministerbesuch in der ersten Sitzung

In der konstituierenden Sitzung, zu der der Vorsitzende des Hauptwahlvorstandes eingeladen hatte, wurde in geheimer Wahl der Vorsitz bestimmt. Der **dlh** gratuliert an dieser Stelle der neuen alten Vorsitzenden, Kollegin Scheffels, zur Wahl und wünscht für die Wahlperiode 2016 – 2020 eine gute Zusammenarbeit im HPRLL und viel Erfolg bei der Leitung dieses Gremiums.

Gleich an der ersten regulären gemeinsamen Sitzung nahm Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz teil, und es konnten in einem sehr intensiven Austausch einige aktuelle Themen angesprochen werden.

Im Fokus des Gesprächs stand u. a. die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen und damit verbunden die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bzgl. der Senkung der Arbeitszeit. Die Anpassung wird für alle Beamtinnen und Beamten voraussichtlich eine Stunde betragen; dieses entspricht für Lehrkräfte einer Senkung des wöchentlichen Pflichtstunden-Deputats um eine halbe Pflichtstunde. Themen waren auch die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes und die Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes und Überlegungen zur geplanten Schulleiterqualifizierung. Näheres wird die **dlh**-Fraktion in weiteren **dlh**-Nachrichten zu gegebener Zeit aufgreifen.

Anhörung zum Besoldungsgesetz

Nach der Ankündigung der Landesregierung, die Besoldung ab 1. Juli dieses Jahres um 1% zu erhöhen, liegt dem Landtag nun der entsprechende Gesetzentwurf vor. Demgegenüber gibt es einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf durch die Fraktion DIE LINKE. Dieser fordert, die Besoldung ab 1. April 2016 um 4,4% zu erhöhen. Der dbb hatte sich bei der Ankündigung der Landesregierung mit den Worten „Die Beamten in Hessen sind stinksauer“ geäußert. Dementsprechend kündigt er eine Klage an und wird auch bei der Anhörung vertreten sein. Auch der **dlh** ist der Überzeugung, dass mit einer immer weiteren Abkopplung des öffentlichen Dienstes von der allgemeinen Einkommensentwicklung niemandem gedient ist. Die Auswirkungen der immer mehr schwindenden Attraktivität des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst werden sich bemerkbar machen. Spätestens könnte dies bei den nächsten politischen Wahlen erfolgen.

Qualifizierungsmodell für künftige Schulleiterinnen und Schulleiter in Hessen (QSH)

Geplant ist zum nächsten Schuljahr, mit einem Pilotprojekt zu starten. Viele der vorliegenden Informationen sind bereits im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit vor dem Erörterungsverfahren dem Hauptpersonalrat zugänglich gemacht worden. Eine Fülle von Informationen im diesem Vorabaustausch haben bei den Mitgliedern des HPRLL den Eindruck erweckt, das Kultusministerium beabsichtige, dieses neue Qualifizierungsmodell möglichst schnell einzuführen. Auch die Zeitschiene, die vorgesehen ist, bestätigt dies. So soll das Pilotprojekt schon nach den Sommerferien starten.

Der Hauptpersonalrat steht dem neuen Qualifizierungsmodell eher kritisch gegenüber. Gegen den Gedanken einer soliden Qualifikation und Begleitung im Amt für Schulleiterinnen und Schulleiter sei nichts einzuwenden. Kritisch wird allerdings im Gremium gesehen, dass im Modell auch ein Eignungsfeststellungsverfahren vorgesehen ist, das letztendlich darüber entscheidet, ob eine Person in Hessen Schulleiter/in werden kann. Durch die dann gegebene Ausschließlichkeit dieses einen Verfahrens erhalte man nicht unbedingt die Person, die eine Schule gut im demokratischen Sinne leite. Weiterhin ist in den umfangreichen Unterlagen zu erkennen gewesen, dass das Kultusministerium offensichtlich von einem neuen Berufsbild „Schulleiter/in“ ausgeht. Dies berge die Gefahr, dass künftig nicht ausschließlich gute Lehrer und Lehrerinnen in dieses anspruchsvolle Amt aufrücken könnten. Bei den Leitungsfunktionen der Staatlichen Schulämter sei dies auch schon in ähnlicher Weise zu beobachten, etwa wenn diese durch Juristen und nicht durch Pädagogen besetzt werden. Auch der **dlh** findet, dass man statt eines aufwändigen neuen Verfahrens besser die bereits existierenden Programme zur Schulleiterqualifizierung überprüft und optimiert hätte.

Aktuelles zur Beschulung von Flüchtlingskindern

Bei den momentan etwas über 300 InteA-Klassen, die sich zum großen Teil an Beruflichen Schulen befinden, kommen nun nach und nach die Kinder und Jugendlichen in die Vollzeitschulformen und die duale Ausbildung. Die Zahl der InteA-Klassen befindet sich in ständiger Anpassung an den Bedarf. Eine Abfrage durch das HKM im April habe ergeben, dass 6 bis 7% dieser Kinder ohne schulische Vorbildung seien, viele seien noch nicht alphabetisiert, manche wiederum nur in arabischer



Schrift. Im Kultusministerium rechnet man damit, dass sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die sich aktuell in InteA befinden (ca. 5000), zum Jahresende verdoppeln wird. Neben der Schaffung von weiteren Integrationsklassen soll ein Praxisbeirat gegründet werden, um landesweite Lösungsstrategien zu entwickeln. Auch der Hauptpersonalrat wird in diesem Gremium mit einem Mitglied vertreten sein.

Die landesweit etwa ein Dutzend Stellen für Schulpsychologen dienen vorwiegend der Beratung von Lehrkräften. Zu einem DAZ-Fachtag im September (16. – 17.) würden 600 bis 800 Lehrkräfte an der Universität Gießen erwartet, ein Fortbildungsprogramm der Lehrkräfteakademie befinde sich im Aufbau. Bei der Anerkennung von schulischen Abschlüssen sei das Staatliche Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt zuständig. Grundlage für eine Anerkennung sei das Hessische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (HBQFG).

Das Hessische Kultusministerium bekräftigte, dass die Schulen in Hessen diese große Aufgabe schaffen, man sei aber erst am Anfang, und die Aufgabe Integration werde das Land und die Schulen noch viele Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte beschäftigen. Der **dlh** unterstreicht, dass diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe nur durch den unermüdlichen Einsatz der hessischen Lehrerinnen und Lehrer geschultert werden kann und fordert neben geeigneten Fortbildungen auch gezieltere Unterstützungsangebote (bspw. -für die Arbeit mit Kompetenzrastern) sowie Entlastung für die neuartigen Aufgabenstellungen und -bereiche. Der **dlh** begrüßt die Einrichtung von kleineren Alphabetisierungsklassen zum Erlernen von Lesen und Schreiben. Er mahnt aber zugleich, dass auch kompetenteren Schülerinnen und Schüler der Übergang in die beruflichen Vollzeitschulformen und das Erreichen eines Realschulabschlusses einfacher ermöglicht werden müsste.

**Der dlh wünscht allen Kolleginnen und Kollegen
erholsame Sommerferien und allen Mitarbeitern in der
Verwaltung, der Lehrkräfteakademie und dem HKM gleichfalls
eine ruhigere Zeit.**

gez. Jürgen Hartmann

